

A n t r a g

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Konferenz zur Zukunft Europas - Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Thüringen beteiligen und die Europäische Union stärken

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Diskussionsprozess zur Zukunft der Europäischen Union muss fortgeführt werden. Die "Konferenz zur Zukunft Europas" ist dabei eine gute Möglichkeit, mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und deren Vorstellungen, Erwartungen und Bedarfe bezüglich eines solidarischen, sozialen, gerechten, demokratischen und ökologischen Europas in Erfahrung zu bringen.
2. Der Landtag sieht die unmittelbare Einbeziehung der Regionalparlamente, insbesondere solcher mit Gesetzgebungsbefugnissen, in die "Konferenz zur Zukunft Europas" weiterhin als erforderlich an. Er erhofft sich konkrete und umsetzbare Ergebnisse und plädiert insbesondere für eine ergebnisoffene Herangehensweise, die Vertragsänderungen nicht von vornherein ausschließt. Der Landtag erinnert in diesem Zusammenhang auch an die gemeinsamen Erklärungen der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschsprachigen Landesparlamente, in welchen wiederholt unter anderem die Verlängerung der Rügefrist des Subsidiaritätsprüfverfahrens sowie die Absenkung des Quorums der "gelben Karte" gefordert wurden.
3. Der Landtag appelliert, auch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure eng in die Konferenz einzubeziehen, mit dem Ziel, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern der Regionen eine aktive Möglichkeit zur Gestaltung der Zukunft Europas zu bieten.
4. Der Landtag begrüßt eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Gesundheitswesens zur Pandemiebekämpfung und regt an, diese auch über die aktuelle Pandemielage hinaus weiterzuverfolgen. Der Landtag appelliert daher auch an die europäische Ebene, dort durch verbesserte Abstimmung und kohärentere Krisenreaktion eine weitere Stärkung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung voranzutreiben.
5. Der Landtag spricht sich dafür aus, im Bereich der Kohäsionspolitik einen möglichst nahtlosen Übergang zwischen den Förderperioden zu gewährleisten und den administrativen Prozess bei Kleinprojekten zu erleichtern.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. sich ebenso wie der Landtag durch die Organisation und Durchführung von eigenen Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger aktiv an der "Konferenz zur Zukunft Europas" zu beteiligen;
 2. auf europäischer Ebene für eine Verlängerung der "Konferenz zur Zukunft Europas" über den Mai 2022 hinaus zu werben;
 3. zu prüfen, ob die bevorstehende Absenkung des EU-Kofinanzierungssatzes bei den Programmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Interreg A) und damit die Erhöhung des Eigenanteils der Projektträgerinnen und Projektträger für die Kleinprojekte ausgeglichen werden kann;
 4. darauf hinzuwirken, dass die "Konferenz zur Zukunft Europas" die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger in einem transparenten Verfahren bewertet, aufgreift und dazu beiträgt, Handlungsempfehlungen und konkrete Aktivitäten zur Stärkung der Europäischen Union und zur Europäischen Friedenssicherung umzusetzen;
 5. sich dafür einzusetzen, dass die europäischen Institutionen und die Mitgliedsstaaten einen verfassungsgebenden Prozess auf der Grundlage der Ergebnisse der Konferenz über die Zukunft Europas einleiten.

Begründung:

Regelmäßig beteiligt sich der Landtag mit Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen an aktuellen Debatten im europäischen Kontext, wie etwa zum Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas "Die EU der 27 im Jahr 2025 - Überlegungen und Szenarien" und zu den Reflexionspapieren "Die soziale Dimension Europas", "Die Globalisierung meistern", "Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion", "Die Zukunft der Europäischen Verteidigung" und "Die Zukunft der EU-Financen". Als Ergebnis der Diskussionsprozesse fasste der Landtag auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der 6. Wahlperiode den Beschluss "Die Zukunft der Europäischen Union mitgestalten - Impulse für ein geeintes, soziales, demokratisches und ökologisches Europa" (Drucksache 6/7208). In diesem stellt der Thüringer Landtag fest, dass die Werte der Europäischen Union, die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte entschieden verteidigt und für die Zukunft erhalten werden müssen. Dabei spricht sich der Landtag für viel mehr gemeinsames Handeln aus und tritt ein für eine weitere Stärkung der Europäischen Union. Denn nur mit einem starken Europa können Frieden gewahrt und die Lebensverhältnisse für alle in Europa lebenden Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessert werden. Der Landtag ist der Auffassung, dass es einen längeren Prozess benötigt, um das Ziel eines gemeinsam handelnden Europas zu erreichen. Ein Schritt ist die "Konferenz zur Zukunft Europas".

Der Landtag beteilige sich am Pilotprojekt "Input aus politischen Debatten in Regionalparlamenten" des Ausschusses der Regionen und der Konferenz der Europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsfunktionen. Teil dieses Pilotprojekts ist die direkte Begleitung der "Konferenz zur Zukunft Europas". Diese ist am 9. Mai 2021 zum Europatag gestartet und soll über mindestens ein Jahr hinweg, insbesondere den Menschen in der EU, die Möglichkeit geben, sich aktiv an der Gestaltung der Zukunft der EU zu beteiligen.

Mit der "Konferenz zur Zukunft Europas" beginnt ein Prozess, der es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen soll, an der Neugestaltung

der Europäischen Union, ihrer Strukturen, Institutionen und Verfahren mitzuwirken. Diese Chance sollte auf allen Ebenen - der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen - ergriffen werden.

Ein starkes regionales Engagement bei der Gestaltung der europäischen Zukunft ist unverzichtbar, um den Menschen die Europäische Union näherzubringen. Die Regionalparlamente sind den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort am nächsten und dienen als Kommunikationsmittler zwischen ihnen und der Europäischen Union. Erforderlich ist jedoch, dass sich auf regionaler Ebene neben dem Landtag auch weitere Akteurinnen und Akteure, insbesondere die Landesregierung und zivilgesellschaftliche Organisationen, in die "Konferenz zur Zukunft Europas" einbringen.

Dabei ist es unerlässlich, die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und umzusetzen, damit die Europäische Union weiterhin zusammensteht und Frieden sowie Wohlstand in der Europäischen Union dauerhaft gesichert wird - für ein geeintes, soziales, demokratisches und ökologisches Europa. Die Ergebnisse sollten daher in einem verfassungsgebenden Prozess diskutiert werden. Nur wenn die Europäische Union weiter zusammenwächst, ist sie den großen Herausforderungen unserer Zeit gewachsen.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blehschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Lehmann

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Henfling